



**Undine Kurth**

Mitglied des Deutschen Bundestages

**Parlamentarische Geschäftsführerin**  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Sprecherin für Natur- und Tierschutz  
Obfrau im Ausschuss für Kultur und Medien

21.09.2009

Sehr geehrter Herr Brabandt,

vielen Dank für Ihre Mail.

Ihre Fragen an mich anlässlich der Bundestagswahl 2009 möchte ich wie folgt beantworten:

- 1) Die Schachanlage Asse als Forschungsanlage für die Lagerung von atomarem Müll (Versuchsendlagerung) ist nicht all zu weit von unserem Wahlkreis entfernt. Gerade in letzter Zeit haben die Zustände dort Schlagzeilen gemacht und bisher ist unklar, welches Ausmaß die Schädigungen dort auf die Umwelt haben werden. Wie stehen Sie zum Thema atomare Energiegewinnung, der Verlängerung der Laufzeit von Atommeilern, der Förderung alternativer Energieträger und die Thematik der Endlagerung des Atommülls?

**Antwort:**

Der Atomausstieg muss mit der nötigen Kraft vorangetrieben werden. Die Atomenergie ist nicht sicher, sie löst keine Probleme, weder das des Klimawandels noch das der Energiesicherheit oder der hohen Energiepreise.

Eine Laufzeitverlängerung würde den Klimaschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien weit zurückwerfen. Für uns Grüne ist klar: Wirksamen Klimaschutz gibt es nur durch eine echte Energiewende ohne die Risikotechnologie Atomkraft. Das erfordert eine konsequente Politik für die drei E: den Ausbau der Erneuerbaren bei Strom, Wärme und Verkehr, Energieeinsparung und Energieeffizienz. Aber genau das würde durch ein Festhalten an der Atomkraft verhindert.

Noch ein Wort zur "billigen" Atomkraft: Die Sanierungskosten in der Asse laufen davon: Ursprünglich auf gut 2 Mrd. Euro geschätzt, werden inzwischen schon 4 Mrd. Euro kalkuliert. Die große Koalition hat, unterstützt von der FDP, Anfang 2009 per Gesetz beschlossen, dass die bis zu 4 Mrd. Euro hohen Sanierungskosten für die Asse komplett auf die Steuerzahler abgewälzt werden.

- 2) Momentan scheint es, als wäre die größte Wirtschaftskrise seit dem Ende der Großen Depression 1929 ausgestanden. 2 Konjunkturpakete in Höhe mehrere Milliarden Euro sind im Laufe des letzten Jahres verabschiedet worden, um diese Krise zu bekämpfen. Sehen Sie die Krise als beendet an? Wo sehen Sie Chancen und Risiken dieser Krise in nächster Zeit für Deutschland? Welche Bedeutung hat die immense Schuldenlast für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und in welcher Weise können diese Schulden abgebaut werden? Sehen Sie die Notwendigkeit von Steuererhöhungen?



## Undine Kurth

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 des Schreibens vom 21. Sep. 2009

---

### Antwort:

Nein – die Krise ist nicht vorbei und wir sollten immer daran denken, dass man Probleme nicht mit dem Denken lösen kann, das die Probleme verursacht hat.

Das Wort Krise leitet sich vom griechischen Krísis (lat. crisis) ab und heißt der Wortbedeutung nach "Wendepunkt" oder "entscheidende Wendung". Wir Grüne nehmen die Krise beim Wort. Wir müssen jetzt Entscheidungen für die Infrastrukturen der Zukunft, für ökologisches Wirtschaften, für mehr Bildung und für einen erneuerten sozialen Ausgleich treffen. Nur dann hinterlassen wir unseren Kindern und Enkeln nicht bloß einen gigantischen Schuldenberg, sondern auch ein neues Fundament, auf das sie aufbauen können. Wir halten es für falsch mit viel Geld lediglich die Risse im alten Fundament unserer Wirtschaft notdürftig zu kitten, wie es die große Koalition tut. Die Konjunkturpakete I und II sind inhaltlich falsch: Die Koalition bürdet mit ihren Maßnahmen nachfolgenden Generationen drastisch höhere Belastungen auf, ohne dass für diese gleichzeitig ein Nutzen etwa durch ökologische Fortschritte oder verbesserte Bildung entsteht. Notwendig ist ein **Grüner New Deal** mit Investitionen in die Infrastrukturen und Produkte von morgen - in Klimaschutz, Gerechtigkeit und Bildung.

- 3) Über das Zugangserschwerungsgesetz (ZugErschwG) ist viel diskutiert worden. Die einen sehen es als die einzig wirksame Methode zur Bekämpfung der Kinderpornographie im Internet, die anderen zweifeln die Wirksamkeit an und halten es für verfassungswidrig. Wie stehen Sie zu dieser Thematik und sind Sie der Meinung, dass die Anwendbarkeit auf andere Gebiete als der Kinderpornographie ausgeweitet werden soll? Welche anderen Maßnahmen sehen Sie, um jugendgefährdende Inhalte aus dem Internet zu verbannen? Wie können Familien und Kinder durch den Staat gefördert und unterstützt werden?

### Antwort:

Der sexuelle Missbrauch von Kindern ist ein besonders widerwärtiges Delikt. Das gilt auch für die Verbreitung kinderpornografischer Bilder – sei es in Heften oder in elektronischen Netzen. Kinderpornographie muss auf allen Ebenen verfolgt und bestraft werden. Das beschlossene Gesetz ist in seinen Ansätzen jedoch falsch und die grüne Bundestagsfraktion hat dem Gesetz die Zustimmung verweigert, denn das Gesetz ist rechtstaatswidrig: Die "Sperrung" geschieht ohne jede richterliche Kontrolle. Allein das Bundeskriminalamt (BKA) entscheidet. Das Expertengremium beim Datenschutzbeauftragten kann die richterliche Kontrolle nicht ersetzen. Das BKA erhält - ohne jede Änderung des BKA-Gesetzes - erweiterte Befugnisse: Es darf präventiv tätig werden und es schafft durch die Erstellung der Listen eine ständige Beschlagnahmemöglichkeit für die Polizei.



## Undine Kurth

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 3 des Schreibens vom 21. Sep. 2009

---

Außerdem ist die Sperrtechnik äußerst fragwürdig: Durch die "Sperrungen" werden die Bilder nicht gelöscht, sondern sind nur schwerer zu finden. Jeder kann die "Sperrungen" binnen Sekunden umgehen. Und: Die Gefahr der "Sperrung" von Seiten ohne kinderpornografischen Inhalt steht im Raum. Die Provider werden verpflichtet, eine "Sperr"-infrastruktur aufzubauen, die geeignet ist, auch andere Seiten als solche mit Kinderpornografie zu "sperrn". Ab jetzt wird Inhaltesperrung für die Provider technisch also machbar und zumutbar sein. Bereits während des Gesetzgebungsprozesses wurde seitens der Großen Koalition laut über Sperrung auch von Glückspiel oder urheberrechtsverletzenden Inhalten nachgedacht.

Und schließlich: Um Kinderpornographie zu bekämpfen, benötigen wir eine Gesamtstrategie. Zentrale Ansatzpunkte sind dabei die Aufdeckung und Vermeidung von sexuellem Missbrauch und Ausbeutung, die Identifizierung der Opfer, deren Schutz und Rehabilitation sowie die Strafverfolgung der Täter und ihrer Netzwerke.

- 4) In den letzten Jahren sind weitreichende Eingriffe im Bereich der Grundrechte vorgenommen worden (Onlinedurchsuchung, Vorratsdatenspeicherung, Zugangerschwerungsgesetz, Kennzeichenscreening), um die Sicherheit Deutschlands zu erhöhen.

Kritiker sehen diese Entwicklung mit Sorge und werfen der Bundesregierung vor, den Rechtsstaat in einen Überwachungsstaat umzuwandeln, der alle anderen Grundrechte untergeordnet werden sollen.

Wie stehen Sie zu der Thematik? Sind Sie der Meinung, dass zur Bekämpfung von Terrorismus und Kinderpornographie weitere Eingriffe in die Grundrechte notwendig sind?

**Antwort:**

Wir erteilen einer Politik, die den Bürger als Objekt staatlicher Überwachung versteht, eine Absage. Wir stehen für aktive Bekämpfung des Raubbaus an den Bürgerrechten, den die große Koalition betrieben hat. Wir sind gegen Vorratsdatenspeicherung, Onlinedurchsuchungen, Internetsperren, Kronzeugenregelung, Ausweitung der Sicherungsverwahrung und uferloses Staatsschutzstrafrecht ("Terrorcamps"). Stattdessen wollen wir die Rechtsordnung bürgerrechtlich modernisieren. Dazu gehört u.a. den Grundrechtskatalog zu modernisieren und den Datenschutz und Kinderrechte in die Verfassung aufzunehmen.



## Undine Kurth

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 4 des Schreibens vom 21. Sep. 2009

---

- 5) Wo sehen Sie für unseren Wahlkreis Harz innerhalb der nächsten Legislaturperiode die Herausforderungen? Was muss getan werden, um der Abwanderung junger Arbeitnehmer entgegenzuwirken und der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen? Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie umsetzen?

**Antwort:**

Das Motto „Global denken – lokal Handeln“ war noch nie so aktuell wie heute. Alles was wir hier vor Ort tun, hat Auswirkungen auch auf andere – auf zukünftige Generationen genauso wie auf Mensch und Umwelt an ganz anderen Orten unseres Planeten. So wird der Klimawandel zur lokalen und globalen Herausforderung.

Ein ökologisch vernünftiges Handeln kann uns dabei allen helfen: Wenn wir hier im Harz richtig mit Energie umgehen und zum Beispiel dafür sorgen, dass öffentliche Gebäude vorbildlich geheizt und beleuchtet werden und dass der jeweilige Fuhrpark sparsame Autos einsetzt, sparen wir nicht nur Geld sondern sind Vorbild für andere. So wird dem regionalen Handwerk und dem Klima gleichermaßen geholfen. In Dardesheim z.B. haben gut ausgebildete Mechaniker und Anlagentechniker im Windpark zukunftssichere Arbeitsplätze. Also gilt es das Vorhaben, den Landkreis Harz als „Regenerative Energieregion“ nach Kräften zu unterstützen.

Wenn wir es dann noch schaffen, die einmalig schöne Natur vor unserer Haustür zu erhalten und z.B. Nationalpark und Selketal zu schützen, haben wir zum einen eine wichtige Grundlage für unser Leben und gleichzeitig die Grundlage für den Tourismus in unserer Region erhalten.